

Hinweise zur Datenerhebung:

Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem AufenthG oder nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 86 AufenthG). Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz. Wegen der Vielzahl der Bestimmungen können die im Einzelfall geltenden Rechtsgrundlagen bei der Ausländerbehörde gerne erfragt werden.

Eingangsstempel

Antrag auf Vorabzustimmung zur Erteilung eines Visums gem. §§ 4 und 6 AufenthG

Aktenzeichen

Die Ausländerbehörde benötigt die gekennzeichneten Unterlagen, damit über den Antrag entschieden werden kann:

<input type="checkbox"/> Heiratsurkunde	<input type="checkbox"/> Einstellungszusage des Arbeitgebers
<input type="checkbox"/> Urkunde über die eingetragene Lebenspartnerschaft	<input type="checkbox"/> Zulassungsbescheid der Hochschule
<input type="checkbox"/> Geburtsurkunde für Kind	<input type="checkbox"/> Finanzierungserklärung
<input type="checkbox"/> Mietvertrag	<input type="checkbox"/> _____
<input type="checkbox"/> Arbeitgeberbestätigung	<input type="checkbox"/> _____
<input type="checkbox"/> Verdienstbescheinigung der letzten drei Monate	<input type="checkbox"/> _____

1. Im Bundesgebiet wohnende Bezugspersonen**1 Bezugsperson / Ehegatte / Lebenspartner / Elternteil**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w
Geburtsort (Ort, Staat)		Geburtsdatum
Staatsangehörigkeit(en)	Identitätsdokument / Aufenthaltstitel	Telefon (Angabe freiwillig)
wohnhaft in (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		

2 Bei Kindernachzug: anderer Elternteil

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w
Geburtsort (Ort, Staat)		Geburtsdatum
Staatsangehörigkeit(en)	Identitätsdokument / Aufenthaltstitel	
wohnhaft in (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		

2. Einreisen soll

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w
Geburtsort (Ort, Staat)		Geburtsdatum
Staatsangehörigkeit(en)	Reisepass-Nr.	
derzeit wohnhaft in (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Verwandschaftsbeziehung zur Person 1 bzw. 2		

Begleitende Kinder (weitere Kinder ggf. auf Beiblatt)

Name 1.		Vorname	
Geburtsdatum	Geburtsort	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w	
Name 2.		Vorname	
Geburtsdatum	Geburtsort	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w	

Einreisezweck			
<input type="checkbox"/> Familienzusammenführung zum Ehegatten	<input type="checkbox"/> Familienzusammenführung zu beiden Elternteilen	<input type="checkbox"/> Familienzusammenführung zu einem Elternteil	<input type="checkbox"/> Familienzusammenführung zum Lebenspartner
<input type="checkbox"/> Arbeitsaufnahme	<input type="checkbox"/> Studium	<input type="checkbox"/>	
Beabsichtigte Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet (von – bis)			
Beabsichtigter Aufenthaltsort im Bundesgebiet (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)			
zuständige Deutsche Auslandsvertretung			

Ich beantrage hiermit die Zustimmung zur Erteilung eines Visums gemäß §§ 4 und 6 AufenthG. Mir ist bekannt, dass der/die Einreisende für die Einreise in das Bundesgebiet ein Visum der zuständigen Deutschen Auslandsvertretung benötigt, das nur mit Zustimmung der für den beabsichtigten Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde erteilt werden darf. Die zuständige Auslandsvertretung ist an eine Zustimmung der Ausländerbehörde nicht gebunden, sondern kann ein Visum auch ablehnen.

Gemäß § 68 AufenthG verpflichte ich mich hiermit, die Kosten für den Lebensunterhalt und nach § 66 AufenthG die Kosten für die Ausreise der unter 2. genannten Person/en zu tragen. Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum und der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden (z. B. Arztbesuch, Medikamente, Krankenhausaufenthalt). Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Die vorliegende Verpflichtung umfasst auch die Ausreisekosten (z. B. Flugticket).

Ich wurde von der Ausländerbehörde hingewiesen auf:

- den Umfang und die Dauer der Haftung
- die Möglichkeit eines Versicherungsschutzes
- die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme, sowie
- die Strafbarkeit z. B. bei vorsätzlich unrichtigen oder unvollständigen Angaben (§ 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bestätige, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein. Meine Angaben sowie der Umfang der eingegangenen Verpflichtung sind freiwillig.

Ort, Datum

Unterschrift

Stellungnahme der Meldebehörde	
1. <input type="checkbox"/> Antragsteller ist hier gemeldet seit	
2. Die Angaben <input type="checkbox"/> stimmen mit den vorgelegten Unterlagen überein <input type="checkbox"/> sind nicht vollständig prüfbar zu Ziffer	
3. Gegen den Aufenthalt bestehen <input type="checkbox"/> keine Bedenken <input type="checkbox"/> folgende Bedenken (siehe Anlage)	
4. Der Ausländerbehörde <input type="checkbox"/> weitergereicht mit Anlagen	
Ort, Datum	Unterschrift Behörde

Bearbeitungsvermerke der Ausländerbehörde

1. Antrag entgegengenommen am / durch _____
2. Zuständigkeit gegeben: der beabsichtigte Aufenthalt ist im Zuständigkeitsbereich vermittelnde öffentliche Stelle ist im Zuständigkeitsbereich
3. AZR negativ ja nein
4. Vorabzustimmung ist grundsätzlich möglich dringender Fall Anspruch auf Aufenthaltstitel
 öffentliches Interesse § 18 AufenthG § 19 AufenthG
5. Die Voraussetzungen für Zustimmung zur Erteilung eines Visums liegen vor ja Rechtsgrundlage _____
 nein

Begründung

6. Zustimmung ausgefertigt am Datum zur Post am / ausgehändigt am Datum
7. Mitteilung über Ablehnung ausgefertigt am Datum zur Post am / ausgehändigt am Datum

8. Liste der Zustimmungen

9. Zum Akt

Datum

Unterschrift Sachbearbeiter

Ausstellung gebührenfrei	
Auslagen:	Euro
Auslagen:	Euro
Gebührenregister Nr.	

Empfangsbestätigung
Die o. g. Vorabzustimmung habe ich heute erhalten.
Ort, Datum
Unterschrift